



<https://blog.harp.tf/>

<https://harp.tf>



100

Daniela Dahn

# DIE DDR



– EINE UTOPIE, AN DIE SICH ANKNÜPFEN LÄSST?

**Die *Narthex* stellte sich bei der Einladung zu diesem Artikel als „Zeitschrift für radikale Philosophie“ vor. Das war eine willkommene Herausforderung, denn wie langweilig hätte ein für unradikale Philosophie passender Aufsatz sein müssen? Und erst das gewünschte Thema - eine Verknüpfung von DDR und Utopie, mehr Anti-Zeitgeist geht kaum. Um nicht in alle Fallen zu tappen, musste die Annäherung über die Dystopie erfolgen, um dann radikal an die Wurzeln zu gehen: Was macht das jeweilige Eigentumssystem mit den Menschen?**

Der utopische Gehalt der DDR lag weniger in ihrer Praxis, sondern wie es sich für eine Utopie gehört, in dem, was sie von ihren objektiven Voraussetzungen her hätte sein können. Nämlich, im Bunde mit der Sowjetunion und den anderen sich sozialistisch nennenden Staaten, einen Bruch mit der zerstörerischen kapitalistischen Funktionslogik zu vollziehen. Ein Bruch, der in eine gerechte Gesellschaft mündet, wie sie das kommunistische Manifest einst vorausgesagt hatte. Die Kommunisten könnten ihre Theorie in einem Ausdruck zusammenfassen, hieß es dort: „Aufhebung des Privateigentums“. Nicht des persönlichen, versteht sich, sondern des Kapitals als gesellschaftliche Macht, in dem die Lohnabhängigen einzig die Aufgabe haben, diese Macht zu mehren. Ziel aller Aufhebung von Unterdrückung war bekanntlich „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Es ist Utopie geblieben.

Zu den objektiven Voraussetzungen für eine realisierbare Utopie gehörte in der DDR die gelungene Entmachtung der Monopolkapitalisten und ihres Finanzadels, der Banken, Börsen und Versicherungen. Und des Landadels zugunsten einer genossenschaftlichen Landwirtschaft. Dass dieses heute utopisch klingende Ziel des Bruchs der Kapitalmacht in den sozialistischen Ländern tatsächlich durchgesetzt werden konnte, war eine historische Chance, von der niemand weiß, ob sie sich je wiederholen wird. Denn das Kapital hat aus der einmal erfahrenen Niederlage gelernt und seine Privilegien national und international derart verrechtlicht, dass sich der Kapitalismus

demokratischer Kontrolle weitgehend entzogen hat. Er hat sich die Freiheit genommen, sich einen Rechtsstaat zu schaffen, der ihm eine juristische Ewigkeitsgarantie gibt, die kaum zu durchbrechen sein wird.

Der utopische Gehalt, der in der gelungenen Entmachtung jahrhundertlang peinigender Unterdrücker steckte, hat damals Intellektuelle in aller Welt begeistert. Von der „Morgenröte der ersten Freiheit“<sup>4</sup> schwärmte Albert Camus, und begrüßte „die gewaltigste Hoffnung, die diese Welt je gekannt hat“ (ebd.). Der Anfang war begründet; er hatte Gründe, die fortbestehen. Eine Idee wird nicht durch ihre Verfälschung widerlegt. Aber die Verfälschung hat die Macht, die Idee auszulöschen und sich an ihre Stelle zu setzen. Mit gleicher Leidenschaft verurteilte der enttäuschte Camus die „verknöcherte Diktatur“ (ebd.), zu der sich die einstige Morgenröte gewandelt hatte.

Die subjektiven Voraussetzungen für eine realisierbare Utopie waren nie gegeben. Das 20. Jahrhundert wäre anders verlaufen, wenn die *Sowjet*-Union nicht nur dem Namen nach eine Räterepublik gewesen wäre. Das internationale Kapital hatte die russische Revolution natürlich nicht kampflos hingenommen. Weltkrieg, revolutionsgefährdende Bürgerkriege mit ausländischer Einmischung, von Deutschen unterstützte Kosaken-Aufstände, Rechtsputsche von Generälen, nach Moskau ziehende Truppen der Weißgardisten – die erste Form des Kommunismus war der Kriegskommunismus. Er schaffte es nicht, Chaos und Hunger zu vermeiden, stattdessen wurde die Arbeit militarisiert, Gewerkschaften entmündigt, Privathandel verboten und die Bauern mit Abgabepflichten gedrückt.

Zahllose Mitglieder staatlicher Requisitionsbrigaden wurden getötet. Eine Herausforderung für die *Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage*, die Tscheka, die nur mit rotem Terror zu antworten wusste.

Dagegen richtete sich 1921 der Kronstädter Matrosenaufstand, einst die Elitetruppe der Revolution, die jetzt ihre Utopie vom freiheitlichen Sozialismus zurecht gefährdet sah. Die Teilnehmer versicherten: „Wir wollen nicht zum Alten zurück. Wir sind keine Diener der Bourgeoisie, keine Mietlinge der Entente. Wir sind für die Macht aller Werktätigen, aber nicht für die schrankenlose, tyrannische Gewalt irgendeiner Partei [...] Kronstadt regiert das werktätige Volk.“<sup>2</sup> Auch Hunderte Kronstädter Kommunisten unterstützten aktiv den gegen die Bolschewiki gerichteten Aufstand.

Seine blutige Niederschlagung ist Legende. Über den Rat der Volkskommissare konzentrierte Lenin noch mehr Macht in der Partei der Bolschewiki, machte aber auf deren Parteitag im März 1921 immerhin ein Schuldeingeständnis: „Wir haben sehr viel gesündigt, weil wir zu weit gegangen sind: Wir sind zu weit gegangen auf dem Wege der Nationalisierung des Handels und der Industrie, auf dem Wege der Drosselung des lokalen Umsatzes. War das ein Fehler? Zweifellos. In dieser Beziehung war vieles von dem, was wir getan haben, einfach falsch.“ Mit seiner Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) ohne Ablieferungspflicht, mit Marktbeziehungen und mehr Eigenverantwortung der Produzenten gelang es, die Versorgung zu stabilisieren.

Nichts war in der Sowjetunion weiter von einer Utopie entfernt, als die Jahre nach Stalins Machtübernahme. Sein angeblich einer Modernisierung geschuldeter Terror war eine Dystopie. Verbrechen in staatlichem Auftrag. Nicht nur im Kapitalismus, auch hier bewahrheitete sich die Marxsche These, wonach die herrschenden Ideen immer die Ideen der herrschenden Klasse sind. In dem Fall die einer Kaste von Parteifunktionären, die sich die alleinige Verfügung über das verstaatlichte Eigentum anmaßte. Subjektive Voraussetzungen um wirklich zu Gemeinwohl zu kommen, waren da wahrlich nicht gegeben. Auch nach Stalins Tod und Chruschtschows halbherzigem Versuch einer Abrechnung konnte sich die Gesellschaft von den stalinistischen Strukturen, in die so viele verwickelt waren, nur langsam und unzureichend lösen. In den 80er Jahren haben sowjetische Schriftsteller und Filmemacher schonungslose Werke vorgelegt. Gorbatschow ist bei seinem Reformvorhaben, demzufolge der Sozialismus die Demokratie wie die Luft zum Atmen

braucht, eben diese Luft ausgegangen. Auch eher aus subjektiven Gründen. Jelzin, der seinen westlichen Beratern folgend die neoliberale Schocktherapie zuließ und damit die Wirtschaft in kürzester Zeit in die Zahlungsunfähigkeit und in die Abhängigkeit privater Investoren und Oligarchen trieb, hat den historischen Bogen des Niedergangs einer Utopie vollendet.

Ohne diesen Hintergrund ist die Frage, ob sich aus der Hinterlassenschaft der vom „großen Bruder“ stets abhängigen DDR irgendein utopietauglicher Anknüpfungspunkt ergeben könnte, nicht zu beantworten. Die DDR, unmittelbar an der Demarkationslinie zwischen den feindlichen Blöcken Nato und Warschauer Pakt gelegen, war ökonomisch immer das Schaufenster des Sozialismus. Und zwar wider alle Bankrottunterstellungen bis zum Schluss. Ideologisch und insbesondere kulturpolitisch war sie wohl aber an eben dieser Linie, in nachträglich erst recht unbegreiflicher Weise, das von Oben vorgegeben linientreueste, bornierteste und engstirnigste Land im osteuropäischen Lager. Und wurde damit zum passenden Pendant des „totalitären Antikommunismus der Westdeutschen“, wie ihn der Publizist und Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Günter Gaus, seinen Landsleuten vorhielt. Hemmnisse, die beeindruckende Kunstwerke und widerständige Schriften auf beiden Seiten nicht ausschlossen.

Auch nicht beeindruckende praktische Leistungen auf beiden Seiten. Es hat in der Weltgeschichte kein vergleichbares Experiment gegeben, in dem zwei Staaten gleicher Nationalität, gleicher kultureller und geschichtlicher Herkunft, aber entgegengesetzter politischer Systeme, vierzig Jahre nebeneinander um die besseren Lösungen konkurrierten. Es gibt dennoch seit nunmehr dreißig Jahren von westlicher Seite keinerlei Neugier auf eine vergleichende Geschichtsschreibung, auf die unvollendeten Ideen, aber auch praktischen Erfahrungen dieses Experiments, die seit dem Umbruch auf der Straße liegen und auf diesem für sie ungeeigneten Platz zwangsläufig mit Füßen getreten werden. Der sozialistische Entwurf gilt als gescheitert und deshalb nicht weiter hinterfragenswert. Es sei denn durch so hochdotierte Einrichtungen wie die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Aufarbeitung ist immer aufschlussreich. Einseitige Aufarbeitung allerdings gibt vorrangig Aufschluss über die Methoden der staatlich gelenkten Geschichtsklitterung. Wenn 30 Jahre nach Maueröffnung 74 Prozent der befragten Ostdeutschen sagen, sie fühlten sich heute nicht wohler als zu DDR-Zeiten und die *Zeit* diese Umfrage<sup>3</sup> auf der Titelseite mit der Schlagzeile eröffnet: „Die staatliche Willkür in der DDR war auch nicht schlimmer als heute,“ dann greift das simple Narrativ von Diktatur versus Freiheit nicht mehr.

Selbstverständlich muss man Opfern von Repressionen in der DDR auch wissenschaftlich gerecht werden. Auf diese Gerechtigkeit vor der Geschichtsschreibung haben allerdings auch die emanzipatorischen Leistungen, die unter derselben „SED-Diktatur“ erbracht wurden, Anspruch. Ausgerechnet ein Hans Mayer, der zu den kritischen Intellektuellen gehörte, die die DDR-Oberen

102



Jelzin hat den historischen Bogen des Niedergangs einer Utopie vollendet.

unverzeihlicherweise aus dem Land gedrängt haben, schrieb in seinem letzten Buch:

Auch die Deutsche Demokratische Republik ist eine Utopie gewesen. Über eine solche These wird gelacht werden, doch wäre das ein „dummes Lachen“ im Sinne des zum Tod verurteilten Mackie Messer. Vierzig Jahre lang wurde in fünf deutschen Ländern nicht bloß unterdrückt, bestraft, hochmütig belehrt, sondern auch gehofft, gewartet, die Vernunft und die Menschlichkeit „geplant“: für Frauen, für Kinder, alte Leute, für Arme und Unwissende. Es erwies sich, wie die Juristen inzwischen festgestellt haben, als ein „untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln“. Trotzdem kein Grund zum Gelächter. Am Einsturz des Turmes von Babel kann vieles gelernt werden.[.] [...] Das Ende der DDR bedeutet nicht das Ende eines Denkens über gesellschaftliche Alternativen[.] [...] Die Deutsche Demokratische Republik war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, dass hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging. Vielleicht gar verspielt wurde.<sup>4</sup>

Nicht nur die Sozialdemokraten wollen bis heute nicht zur Kenntnis nehmen, dass die traditionellen antikapitalistischen SPD-Forderungen, die den Geist von Godesberg überlebt hatten, wenn überhaupt, dann nur in der DDR umgesetzt wurden. Um dafür Beispiele zu finden, muss man sich nur die wörtlichen *SPD-Programmziele* aus den 90er Jahren anschauen, deren praktische Umsetzung in der DDR deutlich weiter gediehen waren: Abbau der Klassenvorrechte, mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Beteiligung aller am Produktivvermögen, Verhinderung von Bodenspekulation, Vorrang von Nutzungsrechten (Erbbau, Miete, Pacht) bei der Grundstücksverfügung, Vergesellschaftung als demokratisches Element und Förderung des Genossenschaftsgedankens, Zurückdrängung des Einflusses von Banken und Versicherungen auf Grundentscheidungen der Wirtschaft, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Kindergärten und Ganztagschulen, elternunabhängige Bildungschancen, Zugang zu Sport und Kultur für alle.

Und den Grünen ist erst recht nicht aufgefallen, dass einige ihrer Forderungen nur auf der anderen Seite umgesetzt wurden. Wörtliche *Programmziele der Grünen* aus den 90er Jahren, deren Verwirklichung in der DDR weiter gediehen war: eine grundsätzliche Neuorientierung beim Umgang mit Grund und Boden (Verfügung gesellschaftlich steuern), tiefe Eingriffe ins Mietrecht, Mietpreisbindung, Abschaffung des Berufsbeamtentums, Trennung von Kirche und Staat, keine Gewaltdarstellung in Medien, Vorrang der Schiene vor der Straße, auf Straßen Höchsttempo 100, weg vom Autozwang durch preiswerten öffentlichen Nah- und Fernverkehr, eine Studienfinanzierung, die Studenten nicht zwingt, nebenbei erwerbstätig zu sein, Streichung des § 218, kostenlose Pille.

Auch ein zentrales Versprechen der EU-Kommission zu ihrem Grünen Deal war in der DDR aus Gründen der

Sparsamkeit selbstverständlich: das Recht auf Reparatur. Wiederverwendbare, langlebige und reparierbare Produkte sollen nun gefördert werden, da sie an sich nicht marktgerecht sind.

Warum konnten die meisten dieser offensichtlich vernünftigen, aber grundstürzenden Eingriffe in der DDR in Angriff genommen werden, während sie in der Bundesrepublik keine oder schlechtere Chancen hatten? Der Hauptgrund dürfte in der Abschaffung des derartige Ziele bremsenden, privatwirtschaftlichen Eigentums gelegen haben. Nur die dadurch gewonnenen größeren Handlungsbefugnisse der Politik konnten erstmalig die Logik des Maximalprofits brechen und die Kapitalmacht in ihre Schranken weisen. Bankiers, Börsianer, Spekulanten, Unternehmer und Großgrundbesitzer gaben nicht mehr den Ton an. Wenn es überhaupt eine historisch zu nennende Leistung des Pseudosozialismus gegeben hat, dann war es diese. Hätte man sich für diese Erfahrung interessiert, wäre die Finanzkrise vielleicht vermeidbar gewesen.

Die Jahrtausendfrage der Machtbeschränkung ist weit unter das Reflexionsniveau zurückgefallen, das es während der Konkurrenz der Systeme schon einmal hatte. Wie gelang es in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs erstmalig, die sozialen Menschenrechte anzuerkennen und weitgehend zu garantieren? Warum ist dennoch die Verbindung von Gleichheit und Freiheit in der Menschheitsgeschichte bisher nie geglückt?

Die Eigentumsfrage ist das Kernproblem der kapitalistischen Gesellschaft geblieben. Wer die Systemfrage stellt, kommt an ihr nicht vorbei. Die in Artikel fünfzehn des Grundgesetzes als Option angebotene Gemeinwirtschaft ist verfassungsrechtlich und erst recht in der Praxis Terra incognita. Gemeineigentum war nach dem Krieg den Westalliierten als Einfallstor für die Demokratisierung der Wirtschaft schlicht unerwünscht. Und ist es den „Geldwesten“ bis heute. Eine Gesellschaft, in der Gemeineigentum dominant ist, wäre die einzige, die gemeinschaftlich erwirtschaftete Überschüsse aus freiem, demokratisch ermitteltem Willen in einen Topf werfen kann, aus dem ein Luxus anderer Art erwirtschaftet wird: heilig nicht Geld, sondern Gesundheit von Mensch und Tier in unbeschadeter Natur. Ein solcher partizipativer Sozialismus, oder wie immer man das neue System nennen mag, käme einer Ordnung nahe, die die Leitidee des Kapitalismus tatsächlich umkehrt.

Heute wird der Erfolg der Einheit oft nur am Stand des „Aufholprozesses“ an eine westliche Ordnung gemessen, die zum Zeitpunkt des Beitritts eine „nachholende Modernisierung“ genauso nötig hatte, wie der Osten. Unter dem aus allen Kontexten gerissenen Adorno-Motto „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ wurde von Politikern, Politologen und Leitmedien mit viel manipulativem Aufwand der Westen zum einzig lohnenswerten Lebensmodell stilisiert. Das heute voraussetzungslose Dahingerede von eben diesen Stilisierern, man hätte die Leistung der Ostdeutschen mehr würdigen müssen, übersieht, dass es deren wichtigste Lebensleistung war, die Umsetzung einer Utopie wenigstens versucht zu haben.

Es war alles andere als nachlässig, sondern ganz und gar folgerichtig, eben diese Leistung nicht zu würdigen, sondern zu denunzieren. In einer in dunkelgrauen Tönen gehaltenen DDR als einem korrupten, bankrotten Spitzel-, Doping-, Unrechts-Staat, hatte sich jeder zumindest moralisch schuldig gemacht, der dagegen nicht opponiert hatte. So manche bis dahin nicht durch größeren Mut aufgefallene DDR-Bürger fühlten sich in eine Lage versetzt, in der sie von ihrer nachträglichen Denunziation der Lebensbedingungen erhofften, sich von Mitverantwortung zu entlasten und sich über die am utopischen Ansatz Festhaltenden zu erheben. Sie wurden und werden im Westen gern gehört. All das brachte die Ostdeutschen flächendeckend in eine Defensive, die ihre bis heute skandalöse Unterrepräsentanz in so gut wie allen leitenden Ämtern dieses Landes auch noch nach 30 Jahren erklärt. Der sogenannte Paradigmenwechsel zur Geschichtsschreibung über die DDR vollzieht sich meist nur an der Oberfläche. Halbherzig werden Projekte oder Produkte gewürdigt, deren Schöpfer es kreativ verstanden haben, sie tauglich für die Marktwirtschaft zu machen. Anpassung und Cleverness sind der Maßstab. Zu viel Selbständigkeit befremdet aber immer noch. Als eine Tageszeitung erstmalig von einem wirtschaftlich erfolgreichen, ostdeutschen Ehepaar gekauft wurde, ergoss sich in den konkurrierenden Zeitungen der übliche Shitstorm, bis hin zum Hervorzaubern einer belanglosen Stasi-Akte. Doch dieser Fall machte auf ungewohnte Art deutlich, dass rechtmäßige Eigentümer, selbst wenn sie Ostdeutsche sind, nicht entlassen werden können. Sie genießen eine größere Autonomie als Lohnabhängige. Was für die *Berliner Zeitung* den Vorteil hatte, dass differenziertere und substanziellere Perspektiven aus Ostdeutschland ermutigt wurden. So hieß es in einem Leserbrief: „Wir sind überrollt worden, vor allem wurden wir vereinzelt. Wir wurden zu Konkurrenten um Arbeitsplätze und Zukunftschancen. Soziale Gleichheit haben wir verloren, ohne die neuen Freiheiten richtig nutzen zu können. Ausnahmen sind selten.“

Es wird der kommunistischen Utopie gern hämisch vorgeworfen, sie habe den aberwitzigen Plan gehabt, einen „neuen Menschen“ zu schaffen. Einen *Homo sovieticus*<sup>5</sup>. Das mag in der Tat aberwitzig sein, aber es wird unterschlagen zu erwähnen, von welchem Menschenbild sich das neue absetzen sollte. Nämlich nicht vom vorzivilisatorischen „alten Adam“, sondern vom deformierten *Homo oeconomicus*, dessen Schöpfer der Kapitalismus war. Im Kommunistischen Manifest heißt es dazu, die Bourgeoisie habe „kein anderes Band zwischen Mensch und Natur übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘“. Diese Konkurrenzwirtschaft hat für ihren unbestreitbaren Erfolg einen hohen Preis bezahlt, denn sie hat aus purer wirtschaftlicher Überlebensnotwendigkeit ihren neuen Menschen der Gefühllosigkeit ausgesetzt.

Herbert Marcuse hat den neuen Menschen des Kapitalismus später als den „eindimensionalen Menschen“ bezeichnet. Seine wahren Bedürfnisse seien manipulativ durch künstliche Konsumwünsche ersetzt worden, wodurch er seine Kritikfähigkeit verloren habe und zu

einer affirmativen Kraft geworden sei, die den Status Quo stabilisiert. Die verhaltensprägende, normative Kraft der auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft ist enorm. Aber was sind wahre Bedürfnisse? Literatur-Nobelpreisträgerin Svetlana Alexijewitsch beschreibt das „Leben auf den Trümmern des Sozialismus“ und lässt ein Paar zu Wort kommen, das an der philosophischen Fakultät der Leningrader Universität ein Studium abgeschlossen hat. Danach hat sie sich eine Stelle als Hauswart gesucht und er als Heizer – beides Tätigkeiten mit sehr viel Freizeit. Sie haben deutlich weniger verdient als ihnen zugestanden hätte, aber diese „Rubel weniger bedeuteten absolute Freiheit“. Sie lasen Philosophen und Dichter und diskutierten sie abends am Küchentisch mit Freunden. Die neuen Spielregeln empfanden sie so: „Wenn du Geld hast, bist du ein Mensch, hast du keins, bist du ein Niemand. Wen interessiert es, dass du den ganzen Hegel gelesen hast?“ Die neue Freiheit sei eine Rehabilitierung des Kleinbürgertums, niemand spreche mehr über eine Idee. „Heute hat niemand mehr Zeit für Gefühle – alle verdienen Geld. Die Entdeckung des Geldes war wie die Explosion einer Atombombe.“<sup>6</sup>

Liegt hier der Ansatz einer Antwort auf das Rätsel, weshalb der Umgang der Menschen in der DDR untereinander bis heute als gemeinschaftlicher, warmherziger, mitfühlender, interessierter, da nicht so berechnend beschrieben wird? In den einzigen Erklärungsmustern, die dem *Homo oeconomicus* zur Verfügung stehen, findet sich schnell eine andere Auslegung: Notgemeinschaft. Man möchte ihm zurufen: Du gleichst dem Geist, den du begreifst. Wer es nicht selbst erlebt hat, steht einer naheliegenderen Interpretation mit kompletten Unverständnis gegenüber: Unser Kapital war die Zweitrangigkeit von Geld.

Das galt zwischen Paaren, denen Eheverträge fremd waren, zwischen Erblässern und Erben, die für den letzten Willen selten ein Testament brauchten, zwischen Mietern und Vermietern, die wussten, dass die so wie so niedrige Miete niemals erhöht werden durfte und Kündigungen, etwa wegen Eigenbedarf, undenkbar waren. Es galt zwischen Ärzten und Patienten, die auf der Basis völliger Kostenfreiheit von Behandlungen und Medikamenten miteinander umgingen, zwischen Universitäten und Zugelassenen, die nicht automatisch immer wieder eine besser betuchte Elite rekrutierten. Es galt für die gesellschaftliche Konfliktbewältigung von kleineren Streitigkeiten im Betrieb oder Wohngebiet, wo weder Anwaltszwang noch Prozesskosten drohten, sondern gewählte Schieds- und Konfliktkommissionen nach verständlich formulierten Gesetzen außergerichtlich entscheiden konnten. Es galt zwischen Urlaubern und Hoteliers, die wussten, dass es niemanden gibt, der sich nicht ein betriebliches Ferienhaus leisten kann, weil man dort billiger lebte als zu Hause. Es galt zwischen Künstlern und ihrem Publikum, das die subventionierten Preise für ihre Werke allemal aufbringen konnte. Und es galt vor allem zwischen Kollegen, die sich gegenseitig nicht die Arbeitsplätze streitig machten und deren Einkünfte von einem mehr oder meist weniger guten Mittelwert nach oben oder unter nicht drastisch abwichen. Nicht das Geld schuf

Hierarchien. Dadurch waren die dennoch verbliebenen meist flacher. Das Verhältnis von Herr und Knecht, von Vorgesetzten und Arbeitern, war in bestimmten Bereichen auf den Kopf gestellt.

Dass alles auch eine Kehrseite hat, ist eine dialektische Binsenweisheit, die auf der Hand liegt. Zweitrangigkeit heißt nicht, dass Geld gar keine Rolle spielte. Nicht jeder konnte sich alles leisten. Auch waren in einer Wirtschaft mit Mangelscheinungen Beziehungen oft hilfreicher als Geld. Und andererseits hätte die Motivation, mit Gemeineigentum genauso achtsam umzugehen wie mit privatem, größer sein können. Am ehesten spielte Geld dort eine Rolle, wo noch privatwirtschaftliche Spurenelemente wirkten, etwa bei den Chancen, einen der immer knappen Handwerker zu verpflichten. Oder über den Besitz von blauen Kacheln<sup>7</sup>, mit denen man die mit ihnen beabsichtigten Privilegien importieren konnte.

„Nach Golde drängt, Am Golde hängt Doch alles. Ach wir Armen!“, wusste auch Gretchen. Ja, Ihr Armen! Faust setzt seine Utopie vom freien Volk auf freiem Grund dagegen. Der freie Grund war geschaffen. Das Volkseigentum konnte in der historisch kurzen und von Gewalt gezeichneten Zeit seines Bestehens den ideologischen Überbau nicht demokratisieren, diese Erfahrung dürfte bei etwaigen künftigen Versuchen nicht unberücksichtigt bleiben. Im Sozialen aber gab es durchaus emanzipatorische Entwicklungen, das Maß an Selbstbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl an einer Basis, in der nicht jeder gegen jeden konkurrieren musste, ist heute kaum noch nachvollziehbar. Zumal keinerlei Forschung über die sozialen Folgen von Volkseigentum finanziert wurde. Wäre dieses Wissen doch Voraussetzung dafür, im zweiten Anlauf bestimmte strukturelle Fehler, Irrtümer, unsinnige ökonomische Hebel von vornherein zu vermeiden, aber auch die eingetretenen emanzipatorischen Folgen nicht zu unterschätzen.

Stattdessen wurde die Mär gepflegt, die Volkskammerwahlen im März 1990 hätten bewiesen, dass die DDR-Bürger so schnell wie möglich mit Westgeld im blühenden Westgarten leben wollten. Sie stimmte schon vor der Wahl nicht, das Wahlergebnis entsprach ihr nicht und die Folgen der Wahl erfüllten solche Hoffnungen nicht. Vielmehr waren die Wähler durch Desinformationen, Zermürbung und Erpressung einer Pseudoentscheidung zwischen der eigenen, angeblich zahlungsunfähigen Wirtschaft und dem Heilsversprechen der D-Mark ausgesetzt worden. 7,5 Millionen D-Mark hatten die Westparteien ohne Erlaubnis in den DDR-Wahlkampf gesteckt, über die Hälfte davon in die von Kanzler Kohl geschmiedete, konservative „Allianz für Deutschland“. Zu den ersten Lektionen, die die Ostdeutschen zu lernen hatten, gehörte die Einmischung in und die Käuflichkeit von Wahlen.<sup>8</sup> Es waren Westwahlen auf dem Territorium der besetzten DDR. Die Ostler hatten eher die Rolle von umworbenen Statisten. Den Leuten wurde eingeredet, um ihren Besitzstand zu wahren, sei es das Beste, die Kräfte des Geldes zu wählen. Sie wollten das Kapital und wählten die Kapitulation. Bevor das neu gewählte Parlament seine Arbeit aufnahm, stellten die DDR-Bürger in der ersten repräsentativen

Meinungsumfrage nach der Wahl im April 1990 noch einmal klar, was nun deren Regierungsauftrag ist.<sup>9</sup> Nach der Einheit als solcher musste nicht mehr gefragt werden, die stand für niemanden mehr zur Disposition. Aber 83 Prozent lehnten immer noch einen schnellen und bedingungslosen Beitritt ab. Nahezu alle, nämlich 95 Prozent, wollten, dass beide Regierungen als gleichberechtigte Partner auf das Wie der Einheit Einfluss nehmen. Das ganze Volk hatte verstanden, dass der Osten eine eigene Interessenvertretung braucht. Wozu wohl, wenn es angeblich nur darum ging, so schnell wie möglich im Status quo des Westens anzukommen?

Der eigentliche Wunsch bestand vielmehr bis zuletzt darin, Eigenes in die Einheit einzubringen. Und zwar nicht Ampel- oder Sandmännchen. Es ging um die Kernsubstanz – 68 Prozent wollten das Volkseigentum erhalten und nur daneben andere Formen zulassen. Das Misstrauen gegen Versprechungen von Politikern aller Couleur war gewachsen, weshalb man ihnen keinesfalls sein Schicksal in die Hände legen wollte. Die von der Bürgerbewegung favorisierte Basisdemokratie stand immer noch hoch im Kurs – 77 Prozent hielten es für erforderlich, das Verhandlungsergebnis ihrer Abgeordneten durch eine Volksabstimmung überprüfen zu lassen.

Nachdrücklicher kann nicht belegt werden, wie anhaltend verschieden die Prägungen nach 40 Jahren in unterschiedlichen Systemen waren. Beide Grundtypen von „neuen Menschen“ haben sich zum Glück noch nicht restlos angeglichen. Und werden es hoffentlich so bald auch nicht tun. Denn gerade aus dieser Reibung könnten Funken sprühen, die mit utopischem Potential aufgeladen sind. ¶

- 1 Albert Camus, *Verteidigung der Freiheit. Politische Essays*. Reinbek b. Hamburg 1974.
- 2 *Kronstädter Iswestia* Nr. 9 (Freitag, 11. März 1921). Eine englische Übersetzung findet sich im *Marxists Internet Archive*: <https://www.marxists.org/history/ussr/events/kronstadt/izvestia/09.htm> (abgerufen am 12.01.2021).
- 3 Dreiseitige Umfrage in der *Zeit* vom 2. Oktober 2019.
- 4 Hans Mayer, *Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik*. Frankfurt a. M. 1993, S. 248 ff.
- 5 So nennt Swetlana Alexijewitsch in *Second-hand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus* (München 2013) den „neuen Menschentyp“, der im Laboratorium des Marxismus-Leninismus entstanden sei. „Wir alle, die Menschen aus dem Sozialismus, ähneln einander und sind anders als andere Menschen – wir haben unsere eigenen Begriffe, unsere eigenen Vorstellungen von Gut und Böse, von Helden und Märtyrern.“ Den alten Menschen umzumodeln sei vielleicht das Einzige, was im Kommunismus gelungen sei. (Vgl. hierzu auch das Gespräch mit Vitalii Mudrakov in dieser Ausgabe; Anm. d. Red.)
- 6 Ebd., S. 23 f.
- 7 Im *Volksmund* für 100 DM-Scheine.
- 8 Siehe hierzu ausführlicher das Kapitel „Volkslektüre – Eine Presseschau“. In: Daniela Dahn / Rainer Mausfeld, *Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung*. Frankfurt a. M. 2020.
- 9 Siehe: Peter Förster / Günter Roski, *Meinungsforscher analysieren den Umbruch*. Berlin 1990, S. 86.